

14.12.1987

## Beschlußempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 10/2250, 10/2530 und 10/2670  
- 2. Lesung -

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes  
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1988  
(Haushaltsgesetz 1988)

Einzelplan 04 - Justizminister

Berichterstatter Abgeordneter Walsken SPD

### Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 04 wird mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen angenommen.

Datum des Originals: 14.12.1987/Ausgegeben am: 14.12.1987

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (02 11) 88 44 39, zu beziehen.

BerichtA Beratungsergebnis des Fachausschusses

Der Entwurf des Einzelplans 04 wurde vom Rechtsausschuß beraten. Das Ergebnis ist in dem beigehefteten Bericht - Vorlage 10/1308 - dargestellt.

B Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuß

Das für alle Einzelpläne zusammengefaßte Ergebnis der Beratung des Personaletats in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" und im Haushalts- und Finanzausschuß ist aus dem Bericht zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 1988 - Drucksache 10/2635 - sowie im einzelnen aus der als Anlage beigefügten Zusammenstellung der Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten zu ersehen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß hat sich am 10. Dezember 1987 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 04 befaßt. Er folgte den Änderungsempfehlungen des Rechtsausschusses und der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne".

Zur Deckung des zusätzlichen Besoldungsaufwandes als Folge der Stellenausweitung im Einzelplan 04 (siehe obige Vorlagen) wurden mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU nachfolgende Änderungsanträge angenommen:

Kapitel 04 040

Titel 515 10 - Geräte, Ausstattungsgegenstände und Maschinen für Verwaltungszwecke,

Ansatzminderung	um	200 000 DM
	auf	5 900 000 DM

Kapitel 04 040

Titel 525 10 - Aus- (und Fort)bildung der Bediensteten

Ansatzminderung	um	200 000 DM
	auf	5 100 000 DM

Kapitel 04 070

Titel 515 10 - Geräte, Ausstattungsgegenstände und Maschinen für Verwaltungszwecke,

Ansatzminderung	um	59 000 DM
	auf	361 000 DM

Der Mehraufwand für die zusätzlichen Stellen bei den Finanzgerichten ist durch entsprechende Ansatzserhöhungen bei den Bezügen für Beamte und Angestellte durch nachstehende, mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der F.D.P., bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU, beschlossene Änderungsanträge sichergestellt:

Kapitel 04 080

Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (Richter)

Ansatzserhöhung um 338 000 DM  
auf 17 375 300 DM

Kapitel 04 080

Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten

Ansatzserhöhung um 121 000 DM  
auf 4 097 600 DM

Bei der Gesamtabstimmung nahm der Haushalts- und Finanzausschuß den Entwurf des Einzelplans 04 mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und der F.D.P. zur 2. Lesung an.

Weiss  
Vorsitzender

Beigeheftet: Vorlage 10/1308

Anlage: Veränderungsnachweis des Finanzministers  
mit  
Anlage: Änderungen in den Haushaltsansätzen  
Anlage: Änderungen in den Stellenplänen und  
Stellenübersichten



**LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN**

01.12.1987

10. Wahlperiode

**Vorlage**

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1988

Einzelplan 04 - Justizminister

- Drucksachen 10/2250 und 10/2530 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des  
Rechtsausschusses

Berichterstatter Abgeordneter    Schreiber SPD

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 04 - Justizminister wird mit den aus dem nachfolgenden Bericht ersichtlichen Änderungen angenommen.

BerichtA Allgemeines

der Rechtsausschuß hat den Entwurf des Einzelplans 04 in seinen Sitzungen am 7. Oktober und am 4. November 1987 beraten und am 25. November 1987 mit umseitiger Beschlußempfehlung erledigt.

Mit in die Beratungen einbezogen wurden dabei auch die Vorlagen des Justizministers mit dem Gesamtüberblick über den Personalhaushalt (Vorlage 10/1173) sowie über die sächlichen Ausgaben und Ausgaben für Investitionen (Vorlage 10/1172).

Mit Schreiben vom 20. Oktober 1987 bat der Vorsitzende der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" des Haushalts- und Finanzausschusses, unter Übersendung des den Ausschuß betreffenden Auszugs aus der Vorlage 10/1242, diese ebenfalls mit zu erörtern und das Beratungsergebnis der Arbeitsgruppe mitzuteilen (Vorlage 10/1278). Eine Behandlung erfolgte in der Sitzung am 4. November 1987; der Ausschuß verzichtet allerdings auf ein besonders Votum (Vorlage 10/1341).

Mit Schreiben vom 15. Oktober 1987 regt der Bund der Strafvollzugsbediensteten, Landesverband e. V. Nordrhein-Westfalen (BSBD) an für die Verwaltungsleiter der beiden größten Vollzugsanstalten des Landes Regierungsratstelle (für Aufstiegsbeamte) zu schaffen (Zuschrift 10/1537).

Die Zuschrift wurde ebenso in die Beratungen einbezogen wie die Zuschrift 10/1613 des Ortsverbandes Bonn des BSBD mit einem Überblick über die Personalsituation in der JVA Bonn.

Mit Schreiben vom 16. Oktober 1987 (Zuschrift 10/1464) wandte sich der Hauptpersonalrat beim Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen an den Rechtsausschuß mit der Bitte, ihn bei den weiteren Beratungen des Justizhaushalts 1988 zu unterstützen und mit dafür zu sorgen, daß nicht Stellen von Justizangestellten und Arbeiterinnen des Reinigungsdienstes zugunsten der Finanzierung neuer Stellen der Richter, Staatsanwälte und des höheren Dienstes abgebaut werden. Das Antwortschreiben des Justizministers auf diese Eingabe lag bei Abschluß der Haushaltsberatungen als Vorlage 10/1355 vor. Hierin wird festgestellt, daß die Stellenumwandlungen Folge der vom Haushalts- und Finanzausschuß und des Ausschusses für Haushaltskontrolle sowie des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen zur Pflicht gemachten Prüfung der Aufgaben der einzelnen Verwaltungen und des notwendigen Personalaufwands mit dem Ziel eines strukturellen Stellenabbaus sind (aufgabenkritische Umwandlung).

Der Landtag hat in seinen Überweisungsbeschluß des Haushaltsgesetzes die Fachausschüsse mit der Maßgabe beteiligt, daß die Beratung des Personalhaushalts im Haushalts- und Finanzausschuß erfolgen soll; gleichwohl hat der Rechtsausschuß Änderungen zum Personalhaushalt beschlossen.

Der Entwurf des Einzelplan 04 wurde mit den vom Ausschuß beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen. Ein Vertreter der Fraktion der F.D.P. war bei der Abstimmungssitzung nicht anwesend.

#### B Einzelberatung

Bei den Beratungen des Einzelplans 04 waren sich die Sprecher aller Fraktionen über die besondere Bedeutung einer ausreichenden (insbesondere personellen) Ausstattung der Justiz einig. Der Stellenplan der dritten Gewalt verdiene besondere Beachtung und ein größeres Gewicht innerhalb des Gesamtstellenplans. Die Situation in der Finanzgerichtsbarkeit ist nach ebenso übereinstimmender Ansicht aller Fraktionen besonders kritisch, weil wegen der Dauer einiger Verfahren diese in die bedrohliche Nähe einer staatlichen Rechtsverweigerung geraten. Bei einer Enthaltung wurde deshalb der Antrag der SPD-Fraktion angenommen,

5 Planstellen der Besoldungsgruppe R 3 - Vorsitzender Richter am Finanzgericht und

8 Planstellen der Besoldungsgruppe R 2 - Richter am Finanzgericht

mit dem entsprechenden Verwaltungsunterbau bei den Finanzgerichten Köln, Düsseldorf und Münster einzurichten. Für den Unterbau sollen

7 Angestelltenstellen BAT VII/VIII und 3 Angestelltenstellen BAT IX a/IX b

geschaffen werden.

Der Haushalts- und Finanzausschusses soll bei den abschließenden Haushaltsberatungen die Deckung für diese insgesamt 23 Stellen finden und sicherstellen.

Die CDU-Fraktion beantragte, bei allen Stellen im Haushalt des Justizministers die noch nicht vollzogenen kw-Vermerke zu streichen, um die Stellen damit dem Justizhaushalt zu erhalten.

Der Sprecher des Justizministeriums führte hierzu aus, daß derzeit 80 kw-Stellen vom Finanzminister befristet zum 31.12.1990 bewilligt sind. Sie wurden bewilligt für das Justizvollzugskrankenhaus Fröndenberg, das bisher noch nicht in der Lage ist, den genauen Bedarf an Personal anzumelden. Das Justizministerium strebt an, die kw-Stellen, die also nicht aus

dem linearen Stellenabbau herrühren, bei künftigen Haushaltsberatungen in endgültige Stellen zu überführen. Auch die SPD-Fraktion sah zur Zeit keinen Entscheidungs- und Handlungsbedarf, da nach einem Jahr Betrieb der endgültige Stellenplan des Justizvollzugskrankenhauses noch nicht feststeht. Nachdem der Ausschuß einstimmig übereinkam, bei den Haushaltsberatungen 1989 über die Stellen beim Justizvollzugs-krankenhauses erneut zu debattieren, wurde der Antrag vom Sprecher der CDU-Fraktion zurückgestellt. Mit den Stimmen der Fraktion der SPD wurde, bei Enthaltung der Fraktion der CDU, der nachfolgende Antrag der SPD-Fraktion angenommen:

"Bei Kapitel 04 050 erhält Titel 684 10 folgende Fassung: Zuwendung an die Zentrale des Sozialdienstes katholischer Männer e. V., an das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche im Rheinland, an die Arbeiterwohlfahrt Bezirk Niederrhein e.V., an den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband Nordrhein-Westfalen e. V. und sonstige. Gleichzeitig wird der Ansatz von 150 000 DM um 37 800 DM auf 187 800 DM erhöht.

Die Erläuterungen zu Titel 684 10 werden wie folgt geändert:

- e) An den Verein zur Förderung des Täter-Opfer-Ausgleichs e. V. in Köln, Modellprojekt "Die Waage - Köln" (einmalige Zuwendung) ..... 37 800 DM.

Bei der Waage handelt es sich um eine Einrichtung die seit 1985 versucht, im Jugendbereich einen Täter-Opfer-Ausgleich herbeizuführen. Die Jugendlichen sollen durch Beziehungen zum Opfer ein Stück Wiedergutmachung leisten. Durch die zusätzlichen Mittel soll sichergestellt werden, daß der Verein auch in 1988 seine von der Gerichten inzwischen anerkannte Arbeit fortsetzen kann. Mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU wurde der Deckungsantrag genehmigt,

bei Kapitel 04040 Titel 632 20 (Anteil des Landes an den Kosten der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter-Bad)

den Ansatz um 37 800 auf 33 400 zu kürzen.

Nach Ansicht der Fraktion der SPD gibt es für den Fortbestand der zentralen Erfassungsstelle keine überzeugende Begründung mehr. Dem widersprach die CDU-Fraktion unter Hinweis auf die bundesweit geführte Diskussion wonach die Einrichtung der zentralen Erfassungsstelle nach wie vor sinnvoll ist.

In der Gesamtabstimmung wurde der Haushalt des Justizministers einschließlich der beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen. Ein Vertreter der F.D.P.-Fraktion war in der Abstimmungssitzung nicht anwesend.

Schreiber  
Vorsitzender



Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1988

Einzelplan 04: Justizminister

Anlage 1: Änderungen in den Haushaltsansätzen

Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

Einzelplan 04: Justizminister  
Anlage 1: Änderungen in den Haushaltsansätzen

2624 (2)

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
04 040	<u>Gerichte und Staatsanwaltschaften</u>			
515 10	Geräte, Ausstattungsgegenstände und Maschinen für Verwaltungszwecke	6.100.000	- 200.000	5.900.000
525 10	Aus- (und Fort)bildung der Bedien- steten (Haushaltsvermerke unverändert)	5.300.000	- 200.000	5.100.000
632 20	Anteil des Landes an den Kosten der Zen- tralen Erfassungsstelle in Salzgitter-Bad	71.200	- 37.800	33.400

04 050  
684 10

Justizvollzugseinrichtungen

Zuwendung an die Zentrale des Sozialdienstes katholischer Männer e.V., an das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche im Rheinland, an die Arbeiterwohlfahrt Bezirk Niederrhein e.V., an den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband Nordrhein-Westfalen e.V. und sonstige

(Erläuterungen:)

Mit dem Zuschuß soll zur Deckung der Aufwendungen beigetragen werden, die den Verbänden durch ihre Mitwirkung in der Straffälligen- und Entlassenfürsorge entstehen.

Folgende Zuwendungen sind vorgesehen:

- a) an die Zentrale des Sozialdienstes katholischer Männer e.V., zugleich für die Zentrale des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V. .... 62.800 DM
- b) an das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche im Rheinland, zugleich für das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche von Westfalen ..... 47.600 DM

150.000 + 37.800 187.800

2 Einzelplan 04: Justizminister  
Anlage 1: Änderungen in den Haushaltsansätzen

2624 C3

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(04 050)	c) an die Arbeiterwohlfahrt, Bezirk Nieder- rhein e.V., zugleich für die Arbeiter- wohlfahrt der Bezirke Westliches West- falen und Mittelrhein ..... 27.500 DM			
	d) an den Deutschen Paritätischen Wohlfahrts- verband, Landesverband Nordrhein-West- falen e.V. .... 12.100 DM			
	e) an den Verein zur Förderung des Täter- Opfer-Ausgleichs e.V. in Köln, Modell- projekt "Die Waage - Köln" (einmalige Zuwendung) ..... 37.800 DM			
	Zusammen	187.800 DM		
04 070	<u>Gerichte der allgemeinen Verwaltungs- gerichtsbarkeit</u>			
515 10	Geräte, Ausstattungsgegenstände und Maschinen für Verwaltungszwecke	420.000	- 59.000	361.000
04 080	<u>Finanzgerichte Düsseldorf, Köln und Münster</u>			
422 10	Bezüge der Beamten (und Richter)	17.037.300	+ 338.000	17.375.300
425 10	Bezüge der Angestellten	3.976.600	+ 121.000	4.097.600
	Einzelplanabschluß unverändert			

3 Einzelplan 04:

Justizminister

Anlage 2:

Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

Bes.Gr. Verg.Gr. LohnGr.	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke	Stellenzahl nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	Neue Stellenzahl
	<u>04 040 Gerichte und Staatsanwaltschaften</u>			
	<u>425 10 Bezüge der Angestellten</u>			
VII/VIII BAT	Vorzimmer- und Schreibdienst (Dienststart 02)	3.864	-	3.864
	(neuer Vermerk:) zu Dienststart 02 Verg.Gr. VII/VIII BAT:			
	<u>12 (-) Stellen kw</u>			

2624 C 4

Einzelplan 04: Justizminister  
 Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

Bes.Gr. Verg.Gr. LohnGr.	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke (Änderungen sind unterstrichen)	Stellenzahl nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	Neue Stellenzahl
	<u>04 050 Justizvollzugseinrichtungen</u>			
	<u>422 10 Bezüge der Beamten (und Richter)</u>			
A 12	Sozialamtsrat	21	+ 1	22
	davon <u>1(-) Stelle(n) kw (§ 42 LPVG)</u>			
A 9	Justizvollzugsamtsinspektor	389	+ 1	390
	davon <u>3 (-) Stelle(n) kw (§ 42 LPVG)</u>			
	- davon 1 (-) mit Amtszulage -			
A 9	Regierungsamtsinspektor	53	+ 1	54
	davon <u>3 (2) Stelle(n) kw (§ 42 LPVG)</u>			
A 8	Justizvollzugshauptsekretär	1483	+ 1	1484
	davon <u>7 (3) Stelle(n) kw (§ 42 LPVG)</u>			
A 7	Justizvollzugsoberssekretär	1983	- 4	1979
	davon <u>6 (10) Stelle(n) kw (§ 42 LPVG)</u>			

2624 C5

Einzelplan 04: Justizminister  
 Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

BesGr. VergGr. LohnGr.	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke (Änderungen sind unterstrichen)	Haushaltsentwurf 1988		
		bisherige Stellenzahl	mehr (+) weniger (-)	Neue Stellenzahl
	<u>04 080 Finanzgerichte Düsseldorf, Köln und Münster</u>			
	<u>422 10 Bezüge der Beamten (und Richter)</u>			
R 3	Vorsitzender Richter am Finanzgericht	35	+ 5	40
R 2	Richter am Finanzgericht	120	+ 8	128
	<u>425 10 Bezüge der Angestellten</u>			
VII/VIII BAT	Büro-, Registratur- und Kassendienst (Dienststart 01)	1	+ 3	4
VII/VIII BAT	Vorzimmer- und Schreibdienst (Dienststart 02)	39	+ 4	43
IX a/IX b BAT	Sonstiger Dienst (Dienststart 04)	2	+ 3	5

Einzelplan 04: Justizminister  
 Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

BesGr. VergGr. LohnGr.	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke (Änderungen sind unterstrichen)	Haushaltsentwurf 1988		
		bisherige Stellenzahl	mehr (+) weniger (-)	Neue Stellenzahl
	<u>Abschluß Einzelplan 04</u>			
	Planmäßige Beamte	22.931	+ 13	22.944
	Beamtete Hilfskräfte	904	-	904
	Angestellte	8.164	+ 10	8.174
	Arbeiter	758	-	758
	<u>Titelgruppen:</u>			
	Planmäßige Beamte	-	-	-
	Beamtete Hilfskräfte	-	-	-
	Angestellte	180	-	180
	Arbeiter	9	-	9
	<u>insgesamt</u>	32.946	+ 23	32.969
	Beamte im Vorbereitungsdienst	8.039	-	8.039
	Auszubildende	2.550	-	2.550

2624 (7)

b